

Frau PD Dr. Maja Steinlin, Muri	Herr Peter Kneubühler, Gümligen
LONA 1.11.07, Leserbrief Der Umwelt zuliebe – das Gümligenfeld nachhaltig nutzen Dem jüngsten Jahresbericht der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion zur «Berner Luft» ist zu entnehmen, dass der Luftschadstoff Stickstoffdioxid an der Thunstrasse in Muri seit zwei Jahren jährlich wiederum stark zunimmt. Der Grenzwert ist heute deutlich überschritten. Die Feinstaub-Belastung hat im Jahresmittel im Vergleich zum Vorjahr um rund 20% zugenommen. Der Kanton schliesst bei dieser hohen Belastung gesundheitliche und ökologische Schäden nicht aus. Im Bereich der Lärmbelastung sind die Grenzwerte längs der Hauptverkehrsachsen in Gümligen und Muri ebenfalls klar überschritten. Die entstellenden Lärmpanzerungen der Liegenschaften längs der Kantonsstrassen zeugen davon. Weitere Verbauungen längs den kommunalen Strassen Gümligens werden demnächst entstehen. Durch unser Verhalten können wir persönlich die Umweltsituation beeinflussen. Einen nachhaltigen Beitrag können wir aber auch leisten, indem wir Planungen unterstützen, welche die Umweltverschmutzung oder zumindest deren Erhöhung reduzieren. Die Bevölkerung unserer Gemeinde kann im nächsten Februar darüber entscheiden, ob sie dem Gegenvorschlag des Gemeinderates oder der Volksinitiative für eine Nutzung des Gümligenfeldes ohne grossen Publikumsverkehr zustimmen will. Mit der Zustimmung zur Volksinitiative unterstützt sie nachhaltige Nutzungen des kantonalen Entwicklungsschwerpunktes, indem sie die Ansiedlung von Billigstpreismärkten ausschliesst. Solche Märkte haben für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons, besonders bezüglich der Anzahl und der Qualität der Arbeitsplätze die sie schaffen, nur ein sehr geringes Potential, erzeugen aber ein vergleichsweise hohes Verkehrsaufkommen und tragen erheblich zur Umweltbelastung bei. Die Initiative favorisiert also die Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben, Gewerbe und Industrie mit hochwertigen Arbeitsplätzen und geringerer Umweltverschmutzung. Im Unterschied zur Initiative lässt der Gegenvorschlag auch minderwertigere Nutzungen zu, und nimmt das Risiko überproportionaler Umweltverschmutzungen und Verkehrsbelastungen in Kauf. Wer die Unterlagen des Gemeinderates zur Vorlage kritisch liest, stellt sich die Frage, weshalb der Gegenvorschlag entstehen konnte, obschon die akuten Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel längstens bekannt waren. <i>Maja Steinlin, Muri</i>	LONA 8.11.07, Leserbrief «Absurdistan» lässt grüssen Der Leserbrief von Maja Steinlin aus Muri (Lona vom 1.11.07) gipfelt in der Aussage, dass sich der Gemeinderat mit seinem Gegenvorschlag zur Initiative «Für eine Nutzung des Gümligenfeldes ohne grossen Publikumsverkehr» um die akuten Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel foutiere. Eine solche Aussage kann wohl nur jemand machen, der sich mit der Sachlage noch nie auseinander gesetzt hat oder möglicherweise auch gar nicht auseinander setzen will. Die Fakten würden nämlich nicht nur auf dem Tisch liegen, sondern wären auch problemlos öffentlich zugänglich. Nur leider passen sie, wenn man eine politisch ausgewogene und sinnvolle Vorlage verunglimpfen will, offenbar nicht ins (ideologische) Konzept. Tatsache ist, dass gemäss einer wissenschaftlichen Untersuchung des Instituts für Umwelttechnik und Ökologie in Luzern aus dem Jahr 2004 der Einkaufsverkehr im Zusammenhang mit publikumsintensiven Einrichtungen (u.a. Fachmärkte) schweizweit lediglich total 0,0006 Prozent der weltweiten jährlichen CO2-Emissionen bewirkt. Der Einfluss dieses verschwindend kleinen Anteils auf den globalen Klimawandel ist gleich Null! Nun dem gemeinderätlichen Gegenvorschlag vorzuwerfen, wie dies Maja Steinlin in ihrem Leserbrief tut, er leiste keinen Beitrag an die Lösung des globalen Klimaproblems, kann und muss deshalb einfach als absurd bezeichnet werden. Zugleich zu suggerieren, die Initiative hingegen sei in der Lage, diesen Beitrag zu leisten, ist ebenso absurd. Mit der Klimaproblematik, die heute viele Menschen zu Recht ernsthaft beschäftigt, solchen Unfug zu betreiben und für kommunale Abstimmungspropaganda zu missbrauchen, zeugt nicht nur von Unbedarftheit oder schlechtem Stil, sondern erweist einer lösungsorientierten und vernünftigen Klimadiskussion letztlich einen Bärendienst. <i>Peter Kneubühler, Gümligen</i>